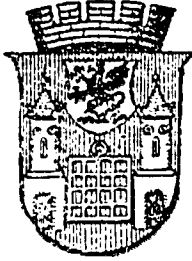


Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein beifügen.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 163

Donnerstag, den 15. Juli 1926

33. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Der preussische Innenminister Severing kehrt Ende dieser Woche von seinem Urlaub nach Berlin zurück und wird die Amtsgeschäfte wieder übernehmen.

— Die Note des französischen Generals Walsh an den Reichskommissar für Entwaffnungsfragen hat in England einen wenig günstigen Eindruck gemacht. Die Reichsregierung hat noch keine Stellung zu der Note genommen.

— Reichspräsident v. Hindenburg hat dem Vizekanzler a. D. von Papen in einem persönlichen Handschreiben seine Glückwünsche zur goldenen Hochzeit übermittelt.

— Bei Rittenberg ist ein französisches Militärflugzeug abgestürzt.

— Auf Grund eines Notenwechsels zwischen dem Deutschen Reich und der schwedischen Regierung ist die Aufhebung des Sichtvermerks zwischen Schweden und dem Deutschen Reich ab 1. Oktober d. J. vereinbart worden.

— Im englischen Unterhaus hat der Schatzkanzler Churchill über das Schuldenabkommen mit Frankreich berichtet.

— Der Potemkin-Film ist jetzt auch in England verboten worden.

Der Reichsrat in Ostpreußen.

Die Begrüßung in Königsberg.

Die Mitglieder des Reichsrates trafen am Dienstag auf ihrer Ostpreußenfahrt in Königsberg ein. Sie wurden im Namen der städtischen Körperschaften von Bürgermeister Dr. Goerdeler begrüßt, der mit einem kurzen Vortrage das geschichtliche und städtebauliche Werden der Provinzialhauptstadt erläuterte.

Er wies besonders darauf hin, welche außerordentlich nachteiligen Folgen die Grenzziehung im Osten auf die Entwicklung des Königsberger Handels gehabt habe. Dr. Goerdeler erörtere dann die Notwendigkeit einer Hilfeleistung für Ostpreußen und Königsberg. Bei der Gestaltung der Eisenbahn- und Wasserfrachttarife und beim Finanzausgleich müsse auf die besondere Lage Ostpreußens Rücksicht genommen werden.

Bei einer Rundfahrt hatten dann die Gäste Gelegenheit, die Verhältnisse des Königsberger Hafens kennen zu lernen. Am Dienstagabend hatte der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen zu einem Bierabend eingeladen, an dem außer den Reichsratsmitgliedern zahlreiche führende Persönlichkeiten des ostpreussischen wirtschaftlichen und kulturellen Lebens teilnahmen. Landeshauptmann von Brünneck begrüßte die Vertreter des Reichsrates mit herzlichen Worten. Ihm dankte im Namen der Reichsratsmitglieder der Vertreter Braunschweigs, Erzellens Boden. Er gab die Versicherung ab, daß die Reichsratsmitglieder, die nach Ostpreußen gekommen seien, den festen Willen hätten, der abgehärteten Provinz nach besten Kräften zu helfen. Der Präsident der Landwirtschafskammer der Provinz Ostpreußen, Dr. Brandes, gab eine Uebersicht über

die Wirtschaftslage Ostpreußens.

Trotzdem für Ostpreußen an und für sich die Vorbedingungen für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung gegeben seien, werde durch die Ungunst der klimatischen Verhältnisse und durch die weiten Entfernungen von den Hauptabgabebieten dieser Vorteil zunächst gemacht. Die Posttrennung der ehemals preussischen Provinzen Westpreußen und Posen, die neue Staatenbildung im Osten und die Schaffung des sogenannten polnischen Korridors habe ein Nebriges getan, um die Schwierigkeiten, mit denen die ostpreussische Wirtschaft zu kämpfen habe, noch zu vergrößern. Trotz dieser Ungunst der Verhältnisse habe Ostpreußen den festen Willen, sich zu behaupten. Es müsse aber auch die dringendste Hilfe von Staat und Reich erhalten.

Am Mittwoch wurde die Reise nach der Kurischen Nehrung und weiter nach Tilsit fortgesetzt.

Churchill erklärt.

Das Schuldenabkommen mit Frankreich im Unterhaus.

Im britischen Unterhaus äußerte sich Schatzkanzler Churchill über das Abkommen mit dem französischen Finanzminister Caillaux. England habe darin an dem Gesichtspunkt festgehalten, daß Frankreichs Leistungen ausschließlich auf Frankreichs eigener Kraft beruhen müßten, aber die englische Regierung habe sich doch bereit erklärt, in einem Briefwechsel festzulegen, daß, wenn Deutschlands Zahlungen nachlassen sollten, das Abkommen revidiert werden sollte.

Die sogenannte Sicherheitsklausel sei stets der tote Punkt der Verhandlungen gewesen und damit

sei er überwunden. Hinsichtlich des Zahlungsschemas erklärte Churchill: für dieses Jahr 4 Millionen Pfund, dann 6 Millionen usw. Im Jahre 1930 sollen dann zum erstenmal 12½ Millionen Pfund bezahlt werden. Diese Rate soll bestehen bleiben bis 1950 und dann sollen auf weitere 31 Jahre 14 Millionen Pfund bezahlt werden. Diese Festsetzung ist gleichbedeutend mit einer

Herabsetzung der französischen Englandschuld auf 60 Prozent.

Churchill erklärte sodann auf verschiedene Anfragen aus dem Hause, daß keine Möglichkeit offen gelassen sei, Deutschland an Frankreichs Stelle als Schuldner einzuschreiben. Stets bleibe Frankreich England gegenüber haßbar.

Nach der Darstellung Churchills hat Caillaux drei Siege davongetragen, und zwar hinsichtlich der Sicherheitsklausel, der Ueberweisung der Zahlung und der Auflösung der französischen Golddepots.

Polens Verfassungsnot.

Ein Kompromiß gefunden.

In Warschau haben sieben die Beratungen des Sejms über die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen begonnen. Der Verfassungsausschuß des Sejms hatte ein Kompromiß zwischen Regierungsvorlage und Entwurf der Rechtsparteien angenommen. Gegen die darin genehmigte Aufhebung der Verhältniswahl protestierte der Abgeordnete der rechten Fraktion.

In diesem Kompromiß wird das Recht des Präsidenten, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, auf die Zeit beschränkt, wo der Sejm aufgelöst ist. Der Staatspräsident kann den Sejm zu jeder Zeit aus eigenem Ermessen zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. Auf den Wunsch von einem Drittel der Abgeordneten muß er dies binnen zwei Wochen tun. Die Vertagung erfordert das Einverständnis des Sejms, wenn dies mehrere Male in derselben Sitzungsperiode geschieht, oder wenn die Unterbrechung länger als 30 Tage dauern soll.

Der polnische Ministerrat beschloß hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die nötigen Schritte erst zu unternehmen, wenn die Regierung die erforderliche Bewegungsfreiheit besitzt.

Der französische Nationaltag.

Protestkundgebung gegen Primo de Rivera.

Paris, 15. Juli.

Bei der Auffahrt zu der großen Truppenparade anlässlich des französischen Nationalfestes am 14. Juli kam es zu hitzigen Kundgebungen gegen den Marokkrokrieg. Als der Präsident der Republik an der Seite des Sultans von Marokko langsam die Avenue des Champs Elyées zum Triumphbogen hinaufzuehr, brach zwischen Trommeln und Trompetengehörner aus der Masse der Zuschauer plötzlich ein Geschrei los: „Nieder mit dem Krieg!“ Der Lärm scholl laut und erdröhrter an, als der spanische Diktator, General Primo de Rivera, die von Soldaten gebildete Ehrentrage passierte. Jetzt wurde das Geschrei zum Jöhlen und Pfeifen: Schmährufe erklangen. Die Polizei ging sofort gegen die Demonstranten vor und nahm etwa fünfzig Verhaftungen vor.

In der Truppenparade nahmen mehrere Bataillone teil, die an den Marokkokämpfen teilgenommen haben, Infanterie in Kalhuniform, Spahis in weißen und roten Mänteln, Senegalneger mit rotem Kopf sowie einige Abteilungen der Fremdenlegion. Den Schluß bildete die schwarze Ehrengarde des Sultans, hundert Krieger in weißen und blauen Mänteln, in vier Abteilungen auf gleichfarbigen Pferden gegliedert, 25 kanarieneise Schimmel, 25 Rapen, 25 Grauschimmel, 25 Fische.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 15. Juli 1926.

Reichstanzler Dr. Marx über die neuen Entwaffnungsnoten.

— Eise, 15. Juli. Bei seiner Ansprache mit den Vertretern der Bürgerchaft erklärte Reichstanzler Dr. Marx, wenn es heute in Deutschland noch Leute gebe, die nicht an eine Versöhnung der Völker glauben, so schiebe er die Schuld hauptsächlich den französischen Generalen zu, die da glaubten, sie seien noch im Weltkriege, die nicht wüßten, was das deutsche Volk und was ein Volk schließlich unter einer solchen Besatzung

und durch solche Drangsalierungen zu dulden habe, die nicht einmal in den Grenzen des Versailler Vertrages Deutschland entgegenkämen, sondern ihm noch Unrecht täten.

Unterzeichnung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages.

— Berlin, 15. Juli. Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag ist gestern in Bern unterzeichnet worden. Der Vertrag, der auf dem Prinzip der Weisheitsbegünstigung aufgebaut ist, lehrt sich im wesentlichen an den alten Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz an. Für die deutsche Regierung unterzeichnete der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller.

Aufhebung des Sichtvermerkszwanges zwischen Deutschland und Schweden.

— Berlin, 15. Juli. Vom 1. Oktober 1926 ab fällt auf Grund von Vereinbarungen zwischen dem deutschen Auswärtigen Amt und dem schwedischen Generalkonsulat der Sichtvermerkszwang für Deutsche, die nach Schweden reisen, fort.

Ein französisches Militärflugzeug bei Nürnberg abgestürzt. Ein schweres Flieger-Unglück ereignete sich auf dem Flugplatz Nürnberg-Fürth. Es handelt sich, wie nachträglich festgestellt worden ist, um ein französisches Großkampfflugzeug, das Prag erreichen wollte. In Fürth landete es, um Brennstoff aufzunehmen und stieg sofort wieder auf, kam aber in etwa 100 Meter Höhe in Brand. Die versuchte Notlandung mißlang und der Apparat stürzte ab. Zwei Insassen wurden getötet, der Führer und der Beobachter konnten sich durch Abspringen retten. Bei den beiden verbrannten Insassen des französischen Militärflugzeuges handelt es sich um zwei Mechaniker. Der Flugzeugführer de Lamorie und der Meteorologe Val, beide aus Paris, sind im Krankenhaus Fürth untergebracht und befinden sich außer Lebensgefahr.

Der Ausschuß des Preussischen Landtags wird auf Einladung des Oberpräsidenten und des Provinzialausschusses der Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen vom 19. bis 23. Juli unter Führung des demokratischen Abgeordneten Niesel die Grenzmark bereisen. Die Bereisung beginnt in Frankfurt und führt über Meseritz-Deutsch-Krone, Schneidemühl, Schönlank, Pilschne und Flatow nach Schlochau. An der Reise nehmen auch die zukünftigen Ministerialdirektoren und die Ministerialräte der einzelnen Reichs- und Staatsministerien teil.

Proteste gegen das „Potemkin“-Verbot. Die „Promethens“-Gesellschaft, die den Vertrieb des jetzt verbotenen Potemkin-Films hat, soll gegen den Spruch der Berliner Filmoberprüfstelle beim Reichsinnenministerium Protest erhoben haben. Es besteht jedoch keine Aussicht, den Spruch zu ändern. Es besteht lediglich die Möglichkeit, daß die in Frage kommende Filmgesellschaft eine Umarbeitung des Films vornimmt, worauf dann ein völlig neues Verfahren eingeleitet werden würde. Die Filmoberprüfstelle würde sich mit dem Potemkin-Film zum zweiten Male nur dann befassen, wenn gegen die Entscheidung der ersten Instanz, der Filmprüfstelle, Beschwerde eingelegt worden ist.

Rundschau im Auslande.

4 In der Brüsseler Kammer erklärte Ministerpräsident Kaspar zum Gehebtwurf über die Vollmachten des Königs, daß das Internationsrecht des Parlaments bestehen bleibe und keine neuen Steuern in Frage kämen.

5 Pariser Blätter berichten, daß in der französisch-amerikanischen Schindfrage eine Einigung über die kritischen Fragen durch Briefwechsel herbeigeführt werden soll.

6 Im Hafen von Ochia ließ sich Mussolini eine große Flottenparade vorführen. Es waren etwa 50 Einheiten, die desfilieren, darunter große Schlachtschiffe.

7 Lerschenfeld Gesandter in Wien.

— Wien, 15. Juli. Die österreichische Regierung hat ihre Zustimmung zu der Ernennung des Reichstagsabgeordneten Grafen Hugo v. Lerschenfeld-Röfering als deutschen Gesandten in Wien erteilt.

8 Die französischen Sanierungsmaßnahmen.

— Paris, 15. Juli. Wie Havas mitteilt, haben die Vertreter der Kreditinstitute bei ihrer Besprechung mit dem Finanzminister Caillaux, der auch die beiden Unterstaatssekretäre im Finanzministerium und der Gouverneur der Bank von Frankreich bewohnten, sich einmütig bereit erklärt, an allen Maßnahmen, die zu einer allgemeinen Sanierung geeignet sind, mitzuarbeiten.